

VORTRAG

23. März 2016 / in Schloss Muskau im Fürst-Pückler-Park Bad Muskau bei Görlitz

24. März 2016 / vor dem Meetingpoint Olivier Messiaen e. V. in der Gedenkstätte des "Stammlagers VIII A" in Zgorzelec (Görlitz), Polen (mit polnischer Simultanübersetzung)

"Realpolitik gegen Moralpolitik

oder

Kriege, Konflikte, Krisen

und keine Konzepte?"

Meine Damen und Herren,

die deutsche Politik ist in Turbulenzen geraten. Eine neue Partei, die von ihren Kritikern und mehr noch von den etablierten Konkurrenten für rechtspopulistisch bis rechtsradikal gehalten wird, zieht mit fulminanten Wahlerfolgen in die deutschen Parlamente ein - womit Deutschland einer Entwicklung zu folgen scheint, die überall sonst in Europa längst im Gange ist. Nach der Eurokrise ist es jetzt die Flüchtlingskrise, an der sich die Gemüter entzünden und entzweien - verbunden mit der Streitfrage, ob wir mit den Flüchtlingsströmen auch ein unaufhaltsam wachsendes Sicherheitsrisiko importieren. Ein Streit von trauriger Aktualität - doch darum geht es mir jetzt nicht in erster Linie.

Denn unabhängig davon stellt sich die Frage, ob sich Grundbedingungen für die deutsche Politik in der Mitte Europas verändern. Schon im Ukraine-Konflikt zeigte sich beim Streit um die Sanktionen gegen Russland, dass zwei grundsätzliche Politikansätze gegeneinander stehen. Damit bricht in neuer Schärfe ein alter politisch-ideologischer Grundkonflikt auf, den wir unterschiedlich ausgeprägt in allen westlichen Demokratien finden, ich nenne ihn den Gegensatz von Moralpolitik und Realpolitik. Er überlagert und überformt den alten, ökonomisch und sozial fundierten Gegensatz zwischen sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Strömungen auf der einen und liberalen bzw. konservativ-liberalen auf der anderen Seite.

Diese Konfliktschärfe und Konflikttiefe hat viel mit der zentralen Lage unseres dicht besiedelten, hoch technisierten, industrialisierten und ökonomisierten Landes im Zentrum Europas zu tun, wo sich wie in einem Brennglas die Tendenzen der Zeit bündeln, aber auch mit der noch immer unser geistiges und politisches Leben überschattenden Vergangenheit der Jahre 1933-45. Im Schatten dieser Jahre steht und handelt die deutsche Politik bis heute - Realpolitik wurde zumindest in der öffentlichen Rhetorik weitgehend durch Moralpolitik ersetzt.

Den Ausdruck Realpolitik machte einst ein Konservativer populär: Otto von Bismarck. Ihm verdanken wir zum Beispiel den bemerkenswerten Satz, der Balkan sei "nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert". Hätte das wilhelminische Deutschland ihn vor 1914 beherzigt, wäre Europa einiges erspart geblieben. Bismarck, bei allen Fehlern, die man ihm aus heutiger Sicht zuschreiben kann, war von instinktivem Misstrauen gegen jede Art von radikal missionarischen Tendenzen erfüllt. Es richtete sich gegen den dogmatischen Sozialismus der Marxisten wie gegen den, wie man damals sagte, ultramontanen, also romhörigen politischen Katholizismus, aber ebenso gegen den neu-deutschen Nationalismus, der sich nicht nur für ihn mit der ungeliebten Idee der Demokratie verband.

Bismarck war vor allem ein patriarchalisch empfindender, königstreuer Preuße. Die Karte der nationalen Einheit spielte er erst aus, als ihm klar wurde, dass die Woge der nationalen Begeisterung sich nicht stoppen, sondern nur eindämmen und kanalisieren ließ - da hielt er es dann doch lieber mit Thron und Altar als Garanten von Stabilität und Ordnung und gegen jedwede revolutionäre Tendenz; und revolutionär war 1848 wie schon 1789 auch das Konzept der Nation als einer politischen Schicksalsgemeinschaft.

Dem Grunde nach lässt sich "Realpolitik" schon auf den Florentiner Niccolò Machiavelli zurückführen, der in seinem epochalen Werk "Il Principe - Der Fürst" proklamierte, ein Herrscher müsse nicht einer höheren Moral, sondern seinen Interessen folgen, um die Herrschaft zu behaupten. Ihm wurde und wird bis heute Zynismus angelastet; trotzdem hat Machiavelli Schule gemacht, nicht zuletzt in der Person Friedrichs des Großen, der zwar noch als Kronprinz einen leidenschaftlichen "Anti-Machiavelli" verfasst hatte, um als preußischer König ohne jeden Skrupel der deutschen Kaiserin und österreichisch-ungarischen Königin Maria Theresia das begehrte Schlesien zu entreißen. Friedrich war zweifellos ein großer Aufklärer, aber damit auch ein Verächter und Zerstörer tradierter feudaler Strukturen und Rechtsverhältnisse - wie andere absolute Monarchen seit Ludwig dem 14. auch.

Man kann die ideengeschichtliche Linie über mancherlei Zwischenstation bis hin zu Carl Schmitt verlängern, der zum einen ein "Kronjurist der Nationalsozialisten", zum anderen ein genialer Kopf war. Er beschrieb das Wesen der Politik unter anderem als "Freund-Feind-Verhältnis", was einen berühmten Satz des preußischen Kriegstheoretikers Carl Clausewitz auf den Kopf stellte. Der hatte den

Krieg als "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" bezeichnet, während Schmitt offenkundig die Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln propagierte. In seinen gedanklichen Exzessen zeigt sich die Gefährdung des gnadenlosen Realisten - er mutiert ebenso leicht zum Zyniker wie der Moralist zum Heuchler.

Wie immer wir das heute beurteilen, der eine Grundkonflikt ist geblieben, der in Wahrheit nicht nur die Politik, sondern jeden von uns in bestimmten Situationen betrifft und in der Moral selbst angelegt ist - sind ihre Gebote absolut gültig oder relativieren sie sich im Rahmen einer Wirklichkeit, die ihre eigenen Spielregeln hat? "Du sollst nicht töten!" - gilt das ausnahmslos oder darf man, und muss es vielleicht sogar, in bestimmten Situationen wie im Fall der Notwehr oder Nothilfe, eben doch töten? Wie steht es in diesem Kontext mit dem Krieg? Es gebe keinen gerechten Krieg, konnte man schon immer von eingeschworenen Pazifisten hören. Hätten die Alliierten des Zweiten Weltkrieges also nicht gegen Hitler kämpfen sollen? Die Frage stellt sich auch für uns Deutsche, die doch nach 1945 zumindest in der Parole "Nie wieder Krieg" vereint schienen und während des Kalten Krieges unter den sogenannten Atomschirmen der Supermächte zwar wieder bewaffnet wurden, aber in Sachen Krieg und Frieden zur allseitigen Beruhigung keinen Entscheidungsspielraum hatten, seit 1989/90 in beunruhigender Weise neu.

Diese Debatte greift häufig auf eine Unterscheidung zurück, die zu den gedanklichen Glanzleistungen des großen Soziologen Max Weber gehört: die Unterscheidung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Weber bezog sich dabei auf die reine Lehre des Christentums, wie sie sich u. a. in der Bergpredigt manifestiert. "Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst" und "Liebe Deine Feinde" sind radikale Kernaussagen. Aber was wäre die Folge, wenn wir sie wirklich ohne Wenn und Aber befolgen und "die andere Wange hinhalten" würden? Dass wir nicht einfach einer noch so guten Gesinnung folgen, sondern immer die absehbaren Konsequenzen unseres Handelns in die Entscheidung einbeziehen, ist Webers Forderung. Für das politische Handeln lautet die Frage, ob eine Rechtsgemeinschaft, also z. B. ein Staat, mit ausschließlich gesinnungsethisch begründeten Entscheidungen bestehen könnte, oder ob es die Staatsräson gebietet, die reine Lehre der Gesinnung zu relativieren.

Helmut Schmidt, der frühere Bundeskanzler, musste sie beantworten und hat sie beantwortet, als er sich 1977 weigerte, den von der "Roten Armee Fraktion" entführten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die Freilassung inhaftierter Terroristen freizukaufen. Und als daraufhin Palästinensische Guerilleros eine Lufthansa-Maschine entführten, ließ er sich wiederum nicht erpressen, sondern ordnete die Erstürmung der in Mogadischu gelandeten Maschine an und setzte das Leben von Passagieren und Besatzungsmitgliedern aufs Spiel. Er hätte das übrigens nicht tun können ohne einen, wenn man so will, schmutzigen Deal, nämlich mit dem somalischen Diktator Siad Barre, der für seine Unterstützung mit diskreten Waffenlieferungen belohnt wurde.

Damals ahnte niemand, dass nach der mühsamen Niederringung der "Roten Armee Fraktion" (RAF) Jahrzehnte später eine fundamentalistisch religiös, nämlich islamistisch agierende Variante des Terrors die Welt herausfordern würde. Der Terror jener Jahre war nicht in vergleichbarem Ausmaß global, sondern noch eher regional geprägt - ob in Nordirland, im Baskenland oder im zerfallenden Jugoslawien, soweit man die Balkankriege als partiell terroristisch ansehen will. Ob diese Konflikte wirklich gelöst oder nur eingefroren sind, wie es so schön heißt, ist eine andere Frage - zumindest auf dem Balkan ginge ohne die dauerhafte Präsenz von UNO-Soldaten, nicht zuletzt auch deutscher, das Blutvergießen bald wieder los. Nicht anders als in Afghanistan, wo sich zeigt, dass nur bei anhaltender westlicher Militärpräsenz eine eher labile als stabile Ordnung aufrechtzuerhalten ist.

Hierzulande verstärkt sich seit einigen Jahren die besonders von Bundespräsident Joachim Gauck angestoßene Debatte, ob Deutschland nicht nur, wie einst vom Sozialdemokraten Peter Struck behauptet, am Hindukusch, sondern zum Beispiel auch am Horn von Afrika, im kurdischen Siedlungsgebiet von Syrien und Irak oder in Mali verteidigt wird. Dabei hat sich die alte Debattenfront neu etabliert: Hier die pazifistischen Gesinnungsethiker, die Deutschlands Beteiligung an Militärinterventionen grundsätzlich ablehnen, dort die verantwortungsethisch argumentierenden sogenannten Bellizisten, die die neue weltpolitische Verantwortung Deutschlands bemühen, ohne dass bisher strategische Konzepte oder Kriterien erkennbar wären, die die jeweilige Entscheidung legitimieren würden. Man fährt auf Sicht, wie das so schön heißt, will sagen man laviert und improvisiert, sobald die klassischen Westmächte USA, Großbritannien und Frankreich die Initiative ergriffen haben.

Dabei sind die weltpolitischen Konflikt- und Krisenschauplätze eng miteinander verknüpft, auch wenn die Probleme auf den ersten Blick nicht viel miteinander zu tun haben. Aber es sind dieselben globalen Akteure, die das Geschehen bestimmen, auch wenn es ihnen möglicherweise entgleitet. Vor allem der Akteur Russland, personalisiert in Wladimir Putin, meldet sich so mit Nachdruck als "global player" zurück, was als realpolitischer Faktor im Westen, zumal in Washington, viel zu lange missachtet worden ist. Um uns dies zu vergegenwärtigen, möchte ich einige der aktuellen Brandherde parallel in den Blick nehmen, darunter auch die Krise, die inzwischen etwas in den Hintergrund gerückt ist, aber hier an der Neiße, dem Grenzfluss, der Deutschland und Polen hoffentlich für alle Zukunft nicht trennt, sondern verbindet, aller Aufmerksamkeit wert ist und unsere Thematik beispielhaft illustriert: die Ukraine-Krise.

Wenn es im Kern um die Macht und Rolle Russlands geht und unsern Umgang damit, geht es nicht zuletzt um das Schicksal jener Staaten und Völker am Südrand des einstigen Sowjetreiches, wo die Interessen Russlands und "des Westens" ebenso aufeinandertreffen wie die Vorstellungen über die Wertordnung, an der sich eine zusammenwachsende Weltgemeinschaft ausrichten sollte. Die Frage, ob

wir unsere auf die Menschenrechte fokussierte Form der Demokratie letztlich global durchsetzen können, überschneidet sich dabei mit der Frage, wer auf Dauer wo machtpolitisch und damit militärstrategisch wie auch, durch den Zugriff auf natürliche Ressourcen, wirtschaftlich die Oberhand behält. Um es vorwegzunehmen: Die Aufteilung in die Guten und die Bösen, wie wir sie aus jedem klassischen Western kennen, ist nicht ganz so eindeutig darzustellen, wie wir im Westen es uns gern ausmalen.

Die Entwicklung erscheint widersprüchlich und unübersichtlich. Wir sehen zum einen, unter dem Eindruck wachsender Gewalt und Gewaltbereitschaft auf globaler Ebene, die Rückbesinnung auf die klassische Geopolitik, wie sie von Bismarck bis Kissinger das Denken großer Mächte bestimmt hat, also des kaltblütigen politisch-strategischen Machtspiels auf dem geografischen Schachbrett. Und zum anderen die Verlagerung des kommunikativen und damit auch politischen Aktionsfeldes in die Welt des Internets, in der in rasantem Tempo eine Vielzahl von Menschen überraschende Entwicklungen in Gang setzt oder beschleunigt - sowohl die sogenannte Arabellion wie die aktuelle Flüchtlingskrise wäre ohne diesen Faktor nicht in diesem Tempo und dieser Dimension eingetreten.

Manchmal lohnt es, innezuhalten und sich zu erinnern, wie man die Dinge vor einigen Jahren wahrgenommen hat. Ich selbst habe, um es gleich zu bekennen, während der Eskalation des Ukraine-Konflikts als Beobachter aus der Ferne eher zu den zu den Majdan-Skeptikern gehört. Im Herbst 2013, noch vor der Entmachtung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch, der Annexion der Krim und der aus dem Kreml gesteuerten gewaltsamen Separation des Donbass, schrieb ich in einem Essay für das Brockhaus-Jahrbuch:

"Der russische Präsident Wladimir Putin zeigt der EU quasi vor der Haustür ihre Grenzen auf, und damit 'dem Westen' insgesamt. Am deutlichsten in der Ukraine. Das Land mag potentiell reich sein aufgrund seiner immensen Bodenschätze, doch bleibt es auf das russische Gas angewiesen und ist überdies im gleichen Maß Beute durchgängiger Korruption wie der riesige Nachbar im Osten. Und: Würde ein Machtwechsel zur zerstrittenen Opposition ... die Probleme des Landes lösen? Oder nur zu neuer Enttäuschung führen, weil auch die Anbindung an die EU nicht zu der inneren Erneuerung führen dürfte, die das Land so bitter nötig hat?"

Bei aller Bewunderung für die Menschen auf dem Majdan ging es mir damals nicht einfach nur um die moralische Be- und Verurteilung Putins, sondern um dessen Möglichkeiten und Grenzen im globalen Machtspiel mit dem oder besser gegen den Westen. So heißt es in dem Text weiter:

"Nicht anders, nur noch viel schlimmer steht es bei diesem weltpolitischen Spiel zwischen Washington, Moskau, Peking und Paris-London-Berlin um Syrien und seine Bewohner. Putins Protegé Baschar al-Assad behauptet die Macht, während

der Westen, der sich früh auf den Sturz des Diktators festlegte, zunehmend ratlos erscheint. Mit wem er es denn bei der syrischen Opposition hauptsächlich zu tun hat, ob mit demokratischen Menschenrechtlern oder mit islamistischen Menschenfeinden, war von Anfang an unklar."

Und weiter:

"Putin jedenfalls spielt sein Blatt mit Geschick und ohne Skrupel und führt sein Riesenreich zurück in die Weltmachtrolle - eine offenbar notwendige Kompensation für die inneren Schwierigkeiten in seiner von Grund auf und von der Spitze ab korrupten Zweiklassengesellschaft".

Und schließlich der dritte Aspekt, ebenfalls 2013 aus meiner Sicht hier festgehalten:

"Das gravierendste Problem Europas wird mit dem Wort 'Problem' verharmlost: Das Los der Flüchtlinge, die ins gelobte Land Europa streben, und wenn sie es denn lebend erreichen, dort so leben müssen, dass es ihnen allemal besser gehen mag als zuvor, aber eben nicht so, wie es der von Europa proklamierten Menschenwürde gemäß wäre. Man sieht hin, wenn vor Lampedusa Hunderte ertrunken sind, und man sieht wieder weg - denn was kann man tun? Alle aufnehmen?"

Der achselzuckenden Gleichgültigkeit auf der einen entspricht die illusionäre Hilfsverheißung auf der anderen Seite - gibt es überhaupt eine Lösung? Man kann mehr tun, als getan wird - will sagen, wir können mehr tun. Nur nicht das Entscheidende: Die Festung Europa tatsächlich schleifen und die Grenzen öffnen für alle, die dann tatsächlich kommen auf der Flucht vor materieller Bedrückung und politischer Unterdrückung, vor jeder Art von Elend bis hin zu Zwangsarbeit, Folter, Mord.

Könnte das gutgehen? Oder würde es nur dem neuen, nationalistischen Populismus auf breiter Front Auftrieb geben?"

Ende des Zitats.

Ich lasse jetzt einmal offen, was an meiner Analyse 2013 zutreffend war und was von der rauen Wirklichkeit der Weltpolitik korrigiert oder in seinen dramatischen Auswirkungen noch überholt worden ist. Vor allem die syrische Katastrophe hätte ich mir in meinen Alpträumen nicht vorgestellt. Unter dem säkularen Assad-Regime herrschte ja lange eine gewisse Stabilität, die Religionsgemeinschaften - Sunniten, Schiiten, Alawiten, Christen, Drusen usw. - wurden im Zaum gehalten und kamen miteinander aus. Das war vor der Arabellion und vor Assads grausamem Krieg gegen Teile des eigenen Volkes.

Und heute? Die agierenden - um nicht zu sagen bombardierenden - Mächte blockieren einander zu Lasten der gequälten Menschen wie auch zu Lasten ihrer eigenen Interessen; denn längst ist doch klar geworden, dass man an Assad nicht vorbeikommt und damit an Russland als dessen alter Schutzmacht. Hier bleibt dem Westen kaum eine Option, um wenigstens die Reste der demokratischen Opposition vor dem Schlimmsten zu schützen. Und Russland kann kaum mehr erreichen, als es schon erreicht hat, es kann sogar den Propagandacoup einer Truppenreduzierung landen und zugleich geltend machen, dass ohne seine Mitwirkung der Waffenstillstand, so brüchig er sein mag, schwerlich zustande gekommen wäre. Bleibt die Frage, ob der Westen, also zunächst einmal Washington, weiter der umworbenen Türkei mit ihren Bombardements gegen die Kurden jenseits und diesseits ihrer Grenzen freie Hand lässt. Oder ob der Westen die Kurden preisgibt und im Stich lässt - und die sich dann womöglich auch noch an Moskau anlehnen (müssen).

Auffällig bei alledem, wie schnell auch wir Westler bereit sind, von Verurteilung zu Verständnis und von grundsätzlichen zu taktischen Argumenten zu wechseln und umgekehrt, je nachdem, ob "Freund" oder "Feind" zu beurteilen ist. So oder so, die Situation ist verfahren, was nicht nur an Unzulänglichkeiten handelnder Personen liegen dürfte, sondern am sich immer schneller und unübersichtlicher entwickelnden Ineinander von absehbaren Tendenzen und unvorhersehbaren Entwicklungssprüngen, die offenbar nicht nur uns Normalbürger, sondern auch die Akteure auf der Weltbühne kalt erwischen können. Und dies trotz der umfassenden geheimdienstlichen Überwachungskapazitäten, über die nicht nur die USA verfügen - aber vielleicht es fehlt an Menschen, die die riesigen Datenmengen richtig interpretieren können?

Zurück zur Schlüsselfigur Putin: Wie ist mit ihm umzugehen? Konkreter gefragt: Waren z. B. die Wirtschaftssanktionen notwendig und richtig, haben sie etwas gebracht? Oder haben wir nur uns in die bemerkenswerte Lage gebracht, uns nach Putins Schachzügen in die Arme von Recep Tayyip Erdogan werfen zu müssen, der, wie es ein deutscher Politikwissenschaftler ausdrückt, in der Flüchtlingsfrage erst einmal einfach "den Stöpsel rausgezogen" hat, um den Europäern (und den Deutschen zumal) zu zeigen, wer da letztlich am längeren Hebel sitzt. Dabei ist es aus meiner Sicht durchaus anzuerkennen, dass Angela Merkel und Frank Walter Steinmeier gegenüber Putin realpolitisch nicht unklug agiert haben. Auch wenn Deutschland den höchsten Preis für die Sanktionen zahlt, die der Westen wegen der Annexion der Krim gegen Russland verhängt hat.

Immerhin war es die deutsche Bundeskanzlerin, die einige Jahre zuvor gemeinsam mit dem französischen Präsidenten die von den USA betriebene Einbeziehung der Ukraine in die Nato durchkreuzt hat. Es war ebenfalls die Bundeskanzlerin, die sich in der Ukraine-Krise gegen Waffenlieferungen an Kiew aussprach, und die, wiederum gemeinsam mit dem französischen Partner, mit dem Minsker Abkommen den einzigen halbwegs erfolgversprechenden Versuch zustande

brachte, den Konflikt um die Ostukraine einzufrieren. Ich hebe das auch aus Fairnessgründen hervor, weil ich zu denen gehöre, die kritisieren, dass die Kanzlerin uns mit ihrer Flüchtlingspolitik auf Gedeih und Verderb dem türkischen Halbdiktator Erdogan ausgeliefert hat, den in puncto Moral über Putin zu stellen eine gewisse intellektuelle Kühnheit, um nicht zu sagen Heuchelei voraussetzt.

Um noch bei der Ukraine zu bleiben: Hier kann man das Dilemma auf die Frage zuspitzen, die seit dem überwiegend von jungen, demokratischen Enthusiasten - aber auch von nationalistischen Fanatikern - auf dem Kiewer Majdan entfesselten Kampf für die Hinwendung zur EU moralpolitisch häufig gestellt wird: Wenn die Ukraine sich demokratisch entwickeln und an Europa anschließen will - dürfen wir sie dann einfach zurückweisen, nur weil Russlands Interessen dagegenstehen? Eine Frage, die man natürlich nicht nur hinsichtlich der EU, sondern auch der NATO stellen kann und muss. Die realpolitische Antwort lautet: Ja, man darf. Europa ist nicht nur eine Wertegemeinschaft. Es ist auch eine Interessengemeinschaft und, jetzt kommt das Unwort, eine Machtgemeinschaft und muss es sein, wenn es in dieser Welt bestehen und politikfähig sein will.

Soll heißen: Es muss zu seiner eigenen Erweiterung nein sagen, wenn ein Ja zu gefährlich ist. Dabei darf es primär nicht entscheidend sein, ob die Gründe, auf denen die Gefahr beruht, in diesem Fall Russlands Beharren auf Einflussnahme und auf Respektierung der von ihm reklamierten Einflusssphäre, moralisch hinnehmbar ist oder eine teils imperialistische, teils von Sicherheitshysterie gespeiste Obsession. Das bloße Faktum reicht aus, wenn seine Missachtung tatsächlich eine Gefahr bedeutet. Man kann die Lage auch unter dem Gesichtspunkt der Ehrlichkeit betrachten: Wer nicht für die Ukraine in den Kampf ziehen und Krieg führen will, der kann ihr nicht wirklich helfen, wenn sie von Russland bedrängt wird.

Das Gleiche galt übrigens schon für Georgien, als dessen Präsident Micheil Saakaschwili, womöglich aus dem Westen diskret ermuntert, 2008 mit einem militärischen Abenteuer versuchte, Südossetien zurückzuerobern - einen Teil des georgischen Staatsgebiets, dessen Einwohner nach allem, was man weiß, mehrheitlich stärker zur Bindung an Russland neigen als die übrigen Georgier. Analog könnte man die Lage beschreiben, wenn von der Krim und deren Einwohnern die Rede ist, möglicherweise auch im Blick auf den Donbass. (Übrigens ist Saakaschwili, nach einem längeren Aufenthalt in den USA, inzwischen ein Berater des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko).

Damit soll nicht etwa gesagt sein, dass Putins Vorgehen etwa gerechtfertigt gewesen wäre. Sehr wohl aber, dass man dort, wo man anders nicht weiterkommt in Richtung auf eine humanitär vertretbare Lösung, am Ende zu einer Verständigung kommen muss. Das heißt aus meiner Sicht noch nicht einmal, dass der Westen, wie er es aufgrund der Intervention der deutschen Bundeskanzlerin

getan hat, auf Waffenlieferungen an die Ukraine verzichten muss, soweit es sich dabei um defensive, also zum Beispiel panzerbrechende Waffen handelt, die zur Abwehr einer Invasion großer Städte einsetzbar sind. Aber es heißt, dass am Ende im Zuge eines Deals mit Russland die NATO-Perspektive für die Ukraine klar und endgültig ausgeschlossen werden muss - was bei dem Gerangel über eine EU-Assoziierung ebenso versäumt wurde wie der ehrliche Hinweis, dass mit einer Vollmitgliedschaft auf absehbare Zeit nicht zu rechnen ist, weil die EU dies schlicht ebenso wenig verkraften könnte wie eine türkische Vollmitgliedschaft. Nur mit diesem Mindestmaß an politischer Ehrlichkeit lässt sich der Konflikt einfrieren, damit die Menschen dort, und das ist moralisch und real das Allerwichtigste, zunächst einmal in Frieden und ohne Angst um Leib um Leben existieren können.

Das heißt wiederum ganz und gar nicht, dass die NATO jemals darauf verzichten müsste oder dürfte, ihre Bündnispflichten gegenüber ihren mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten vom Baltikum bis zur Türkei zu erfüllen. Auch das gebietet nicht nur die Moral-, sondern ebenso die Realpolitik, denn ohne die Bündnisgarantie wäre das Bündnis wertlos und damit z. B. der Schutz der Nicht-Atommacht Deutschland vor einer atomaren Erpressung hinfällig. Dabei kann nun wiederum die russische Klage, der Westen habe Zusagen gebrochen, als er Balten, Polen und Südosteuropäer in das Bündnis aufnahm, keine Rolle spielen. Dass wir notfalls um und für die osteuropäischen NATO-Partner kämpfen müssen, scheint freilich im kollektiven Unterbewusstsein der Deutschen auch noch nicht ganz angekommen zu sein, während zugleich für ein stärkeres Engagement unserer Soldaten auf entfernteren Schauplätzen geworben wird.

Mit der Nato-Mitgliedschaft dieser Staaten hat der Westen die Gunst der Stunde genutzt, als es ungefährlich war, weil Russland zu schwach war, um es zu verhindern. Russland mag da noch so laut mit dem Säbel rasseln, es wird die bündnispolitischen Fakten respektieren, wenn es sich nicht in einem dritten Weltkrieg selbst ebenso wie die übrige Menschheit vernichten will. Hier gilt die Logik der Abschreckung noch, eben weil Russland als gigantische Atommacht nach wie vor, anders als Präsident Obama leichthin formulierte, keine Regionalmacht, sondern eine Weltmacht ist. Wie aber kam es im Westen vorher zu der Illusion, man könne die Ukraine, sofern sie dies will, auch gegen den erklärten Willen Russlands ganz an Europa und in der weiteren Perspektive an die Nato anschließen?

Das Drehbuch dafür legte gegen Ende des 20. Jahrhunderts Zbigniew Brzezinski vor, der in seiner intellektuellen Brillanz und seinem politischen Format durchaus mit Henry Kissinger vergleichbare Sicherheitsberater des einstigen US-Präsidenten Jimmy Carter. Carter selbst war ein fast naiv anmutender Idealist, der die Beachtung der Menschenrechte als moralisches Postulat in die Politik des Westens im Kalten Krieg einführte und damit zugleich instrumentalisierte. Er machte gleichsam die Moral der Menschenrechte zum realpolitischen Faktor, was am Ende in den KSZE-Prozess mündete, der schließlich das polnische Aufbegehren

mit ermöglichte, das neben der Brandtschen Ostpolitik, aber dann auch der westlichen Rüstungspolitik unter Ronald Reagan, eine der Voraussetzungen für den Fall der Berliner Mauer wurde. (Wobei leider zu einzuräumen ist, dass die Bonner Entspannungspolitik zwar stets moralisch argumentierte, aber im Verein mit tonangebenden deutschen Intellektuellen der Gewerkschaft Solidarnosc sehr real die kalte Schulter zeigte.)

Der Westen triumphierte - doch zumindest die Russland-Politik der USA folgt nach meinem Dafürhalten schon zu lange der Strategie, die Brzezinski in seinem Buch "Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft" (The Global Chessboard. American Primacy and Its Geostratic Imperatives) für "Eurasien" als neuen geopolitischen Kampfplatz entworfen hatte - hier verstanden als eine von der Ukraine bis hin zur Mongolei reichende Zone von Pufferstaaten zwischen Russland und seinen südlichen Anrainern Türkei, Iran und China - wobei diese schwach entwickelten, aber rohstoffreichen und strategisch wichtigen Länder der eurasischen Zone Brzezinsky zufolge von ausschlaggebender Bedeutung dafür sind, ob sich die machtpolitische Waagschale global zugunsten des Westens oder Russlands neigt. Und in der Konsequenz zur westlichen Demokratie oder zur autoritären Staatsform, wobei der wirtschaftliche und politische Einfluss des Westens schließlich die Hinwendung dieser Staaten zur Demokratie bewirken soll - und hier verquicken sich eben, wie nicht selten in der Politik der USA und nolens volens auch ihrer Partner, Interessenpolitik und moralisches Sendungsbewusstsein auf eine Weise, die ihnen den Vorwurf einer gewissen Doppelzüngigkeit einträgt.

Die Vermischung von Moral und Interesse war es auch, die 2013 die Einflussnahme des Westens bis hin zu den Aufritten von PR-bewussten deutschen Politikern auf dem Maidan kennzeichnete. Dass die deutsche Bundeskanzlerin überdies erklärte, das Denken in Einflussphären, wie es offenkundig Putins, aber nicht nur Putins Außenpolitik bestimmt, gehöre der Vergangenheit an, darf man getrost als deutsches Wunschdenken wahrnehmen. Grundsätzlich möchte ich dazu anmerken: Wenn es eine ernüchternde Erkenntnis im bisherigen Verlauf des 21. Jahrhunderts gibt, dann die, dass im globalen Ringen zwischen US-Amerikanern und EU-Europäern, Russen und Chinesen sowie weiteren Schwellenmächten wie Indien ebenso wie von kleineren Nationen nach wie vor überwiegend so agiert wird, wie es Henry Kissinger mit dem Hinweis auf den Punkt brachte, Nationen hätten keine Freunde, Nationen hätten Interessen. Das muss uns Deutschen, die wir uns seit 1945, zunächst im westlichen Teil unseres Landes, aus guten Gründen einem einzigartigen politischen Läuterungsprozess unterzogen haben, nicht gefallen, aber wir sollten es gleichwohl nüchtern zur Kenntnis nehmen.

Unter diesem Aspekt bleibt es problematisch, dass Deutschland Vorreiter bei der Sanktionspolitik gegen Russland war, als Putin die Krim annektierte. Dass primär die deutsche Wirtschaft die Zeche zahlt, aber Putin aufgrund dieser Art von Druck

in Russland nur noch populärer wurde, mag noch damit zu rechtfertigen sein, dass wir als Land in der Mitte und führende Nation der EU ein handfestes Interesse daran haben, dass Europa halbwegs einig und handlungsfähig bleibt. Eine andere Frage ist, ob der Preis dafür insgesamt - von der Rettung Griechenlands bis zur Flüchtlingsfrage - nicht auch für das starke Deutschland zu hoch werden könnte. Gewiss, Europa musste gemeinsam mit den USA irgendetwas tun, nur um zu beweisen, dass es Europa als politischen Faktor noch gibt. Aber in die Argumentation gegenüber Russland schlich sich doch manch eine Ungereimtheit ein.

So wurde hinsichtlich der Krim völlig vernachlässigt, dass es der Westen selbst in anderen Fällen mit dem Völkerrecht nicht so genau genommen hat, dass es zudem ja nicht nur ein Völkerrecht, sondern auch ein Selbstbestimmungsrecht der Völker gibt, dass schließlich die Krim nur aufgrund eines dubiosen "Geschenks" von Chruschtschow 1954 zur Ukraine kam und dass ihre Bewohner mehrheitlich auch nach Ansicht unbefangener westlicher Beobachter mindestens zur Unabhängigkeit von Kiew, wenn nicht ganz zu Russland tendieren. Zu einem Russland, das zudem auf keinen Fall auf seinen Kriegshafen Sewastopol verzichten wird und es auch nicht erleben möchte, dass dieser Stützpunkt irgendwann im Nato-Gebiet liegt.

Es mag ja sein, dass Putin die Verärgerung im Westen unterschätzt hat - langfristig dürfte es für ihn von großem Interesse sein, es mit den USA und den Europäern nicht ganz zu verderben. Die Risiken für das ohnehin kaum regierbare, riesige Russland dürften eher im Fernen Osten liegen, wo ein von Menschen überquellendes China an das unterbesiedelte Sibirien grenzt, und mehr noch in den islamischen Teil- und Nachbarrepubliken der Russischen Föderation mit ihrer explosiven Bevölkerungsdynamik. Vorerst aber kann Russland in den nichtrussischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion jederzeit zündeln und die jeweilige russische Minderheit ins Spiel bringen - und wird dies tun, solange der Kreml nicht wieder, wie einst im Kalten Krieg, als gleichrangige Weltmacht anerkannt wird und im Spiel ist. Was kann der Westen schon dagegen unternehmen, wenn er sich nicht auf eine kriegerische Konfrontation auf Schauplätzen einlassen will, auf denen er nicht gewinnen kann? Da spielt man besser nicht mit dem Feuer. Man sollte aber auch nicht zu heftig moralisieren, wenn man selbst moralische Schwachstellen aufweist.

Hier eben drängt sich ein Vergleich im Blick auf Putins Russland und Erdogans Türkei auf. Beide sind bestenfalls halbdemokratische Staaten, die gegen jede Opposition brutal vorgehen, um sie als politischen Faktor auszuschalten. Beide wenden militärische Gewalt nach innen und außen an, wenn es ihnen nötig und hinreichend risikofrei erscheint. Beide haben bzw. halten völkerrechtlich nicht zu ihrem Staat gehörendes Gebiet annektiert. Die türkische Republik Nordzypern ist nur scheinbar ein selbständiger Staat, faktisch hat die Türkei dort seit der militärischen Besetzung 1974 ihre Truppen stationiert. Nicht ohne Grund wird

dieser Scheinstaat außer von der Türkei von niemandem anerkannt. Aber die türkische De-Facto-Annexion, für die es damals nachvollziehbare Gründe gab, wurde und wird hingenommen, aus guten Gründen, wie ich finde. Womöglich wäre es objektiv ja sogar klüger, die Teilung der Insel auch völkerrechtlich zu akzeptieren, um die Beziehungen zwischen dem türkischen und dem griechischen Zypern dann allmählich zu normalisieren und eines Tages vielleicht zu einer losen föderalen Struktur mit zwei weitgehend autonomen Gebietskörperschaften zu kommen. Dann dürfte man mit Blick auf die Krim freilich nicht mit zweierlei Maß messen.

Wie auch immer: Kein Mensch kam je auf die Idee, gegen die Türkei Sanktionen zu verhängen; zu wichtig war dieser Nato-Verbündete als Bollwerk gegen die Sowjetunion und heute gegen Russland, und so wurden die Beitrittsverhandlungen von der EU denn auch nie aufgekündigt. Und werden jetzt von Ankara wieder energisch ins Spiel gebracht. Dabei weiß jeder, dass die Mitgliedschaft der Türkei für die EU auch auf längere Sicht ebensowenig verkraftbar wäre wie eine Mitgliedschaft der Ukraine. Aber das wird kaum mehr laut ausgesprochen, seit sich Deutschland der Türkei in der Flüchtlingsfrage auf Gedeih und Verderb ausgeliefert hat; und auch die Menschenrechtskritik an Erdogans Halbdiktatur ist in Berlin ziemlich leise geworden.

Ein anderes Musterbeispiel für die Folgen, die moralpolitischer Enthusiasmus in Verbindung mit realpolitischer Blindheit haben kann, zeigt der Ablauf der sogenannten Arabischen Frühlings, der Arabellion seit und nach 2012. Zunächst war sie ja ein grandioses Ereignis, das übrigens zeigt, dass die klassischen Regeln des geopolitischen Schachspiels durch netzgetriebene idealistische und revolutionäre Bewegungen relativ leicht ausgehebelt werden können. Gleichwohl gab es von Anfang an skeptische Stimmen - mein großer, inzwischen verstorbener Kollege Peter Scholl-Latour war eine von ihnen -, die aber kaum jemand hören wollte.

Nehmen wir nur den Schlüsselstaat Ägypten: Auf den relativ gemäßigten Despoten Mubarak folgte die Rebellion, auf die Rebellion der Durchmarsch der nur scheinbar relativ gemäßigten ägyptischen Islamisten mit Mohammed Mursi an der Spitze, auf ihn der hoffentlich langfristig einigermaßen gemäßigte Despot Feldmarschall Abd al Fattah as-Sisi. Nur - was hat Ägypten und was hat der Westen eigentlich dabei gewonnen? Und - rollen wir Sisi in Berlin trotzdem den Roten Teppich aus? Aber ja, denn schlimmer noch als Sisi wäre das Chaos oder der endgültige Sieg der Islamisten. Syrien lässt grüßen. So wie wir eins der unter dem Aspekt der Menschenrechte übelsten Regime, nämlich das saudi-arabische, pflegen und hofieren müssen, weil es als Ölproduzent und Stabilitätsfaktor für den Westen bis auf Weiteres unentbehrlich ist. Wenn das aber so ist - was sind dann die moralischen Kategorien wirklich wert, an denen wir als moralpolitische Musterknaben uns und andere so gern und oft rigoros messen?

Können wir auf der anderen Seite, wie Helmut Schmidt es zeitlebens forderte, ganz zum klassischen Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zurückkehren? Wohl kaum, wenn wir universale Werte langfristig auch universal durchsetzen oder wenigstens verteidigen wollen. Womöglich aber werden wir in der Tonlage zumindest offizieller Interventionen und Urteile, wie jetzt gegenüber der Türkei, verhaltener agieren und uns eher hinter den Kulissen um Einfluss bemühen, um bei befreundeten, soll heißen politisch und ggf. auch militärisch mit uns liierten Staaten ebenso wie bei nicht so sehr befreundeten etwas für die Lage und die Rechte der Menschen dort zu erreichen. Zwar hat der Bundespräsident jetzt in China gezeigt, dass seine mächtigen Gastgeber ihm seine deutlichen Mahnungen nicht zu verargen scheinen - interessanter ist die Frage, was denn das chinesische Volk davon erfahren durfte. Kam dieser Disput in den chinesischen Medien überhaupt vor, oder wurde er nur bei uns verbreitet?

Es ist nicht schön, aber wahr: Wenn wir andere und uns selbst moralisch überfordern, helfen wir niemandem. Diese Gefahr birgt der Zielkonflikt zwischen Moral- und Realpolitik besonders auf drei Feldern: in der internationalen Finanzkrise, in der Eurokrise und in der Flüchtlingskrise. In der Finanzkrise hätte es moralpolitisch nahegelegen, Banken, die zu Lasten ihrer Kunden und des Gemeinwohls skrupellos agiert hatten, dem verdienten Konkurs zu überlassen. Realpolitisch war es notwendig, diese Banken zu retten. In der Eurokrise wäre es vielleicht klüger gewesen, einem Staat ohne ein Mindestmaß an Steuermoral wie Griechenland das Ausscheiden aus dem Euro-Raum und die Rückkehr zur Drachme nahezu legen - angeblich alternativlose europäisch-idealistische, aber auch strategische Erwägungen gaben den Ausschlag für den bisher nicht gelungenen Versuch, Griechenland mit schier unermesslichen Summen zu sanieren und zu retten.

In der Flüchtlingskrise endet eine naive deutsche Willkommenspolitik in einem bitteren Erwachen - entweder in der überforderten deutschen Gesellschaft oder bei den notleidenden Flüchtlingen oder bei beiden - , wenn der Schutz der Außengrenzen nicht gelingt oder der Preis, den wir vor allem an die Türkei dafür zu zahlen haben, dass sie die "Drecksarbeit" macht, am Ende zu hoch werden sollte (z. B. wenn es ernsthaft auf einen türkischen EU-Beitritt hinausläufe). Letztlich werden wir kaum umhin können, unser Asylrecht im Grundsätzlichen und in der Praxis so zu verändern, dass die Bedingungen für Flüchtlinge bei uns nicht attraktiver sind als im übrigen Europa. Keine erfreuliche Perspektive - europäische Harmonisierung, wie wir sie uns nicht vorgestellt haben. Brutal wie die Schließung der "Balkanroute", die eine Tatsache ist, auch wenn die Kanzlerin dies mit fast schon bewundernswerter Beharrlichkeit zu leugnen versuchte.

Moralpolitisch mögen wir Deutschen darauf beharren, dass Europa sich bei der Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen solidarisch verhält. Realpolitisch müssten wir wissen und verstehen, dass die nationalen Traditionen, zumal in

Ostmitteleuropa, wo das System des real existierenden Sozialismus nationale Regungen so lange unterdrückt hat, sehr viel lebendiger sind als bei uns. Und wo schon deshalb zwischen der Idee der Nation als ethnisch relativ homogen geprägter Schicksalsgemeinschaft auf der einen und dem Streben nach politischer Freiheit, anders als im Deutschland des 20. Jahrhunderts, kein Widerspruch besteht, sondern ein positiver Zusammenhang erlebt und empfunden wurde. In dieser Frage reden wir und unsere östlichen Nachbarn offenbar aneinander vorbei. Sicherlich zur Freude von Wladimir Putin, der auf eine Schwächung der EU setzen muss, wenn er seine Strategie erfolgreich weiterverfolgen will. Das sollte man in Warschau, Prag und Budapest ebenso vor Augen führen wie in Paris und London, Berlin und Brüssel.

Zwar wird das Festhalten an der ethnischen Homogenität der europäischen Staatsvölker nach meinem Dafürhalten langfristig ein Kampf auf verlorenen Posten sein. Ein gewisses Maß an "Multikulturalisierung" der europäischen Nationen dürfte auf die Dauer nicht zu verhindern, wohl aber erheblich zu verlangsamen und zu kanalisieren sein, damit überhaupt die Chance zu einer rationalen Gestaltung und Beherrschung des Prozesses besteht. Nur: je entschlossener wir Deutschen als multikulturelle Vorreiter die großen Moralisten geben, desto mehr Widerstände rufen wir bei unseren Partnern vor allem in Osteuropa hervor. Wenn wir schon von westlichen Nachbarn hören: "Bloß weil Ihr Deutschen wegen Eurer Geschichte ein ewig schlechtes Gewissen habt, müssen wir es nicht auch haben", kann ich mir vorstellen, wie Polen, Balten, Tschechen, Slowaken und Ungarn da mehrheitlich denken. Am deutschen Wesen wird auch in dieser Frage so schnell weder die Welt noch Europa genesen.

In der Flüchtlingskrise scheint mir allerdings auch ein gewisses Maß an Schadenfreude der tatsächlichen oder vermeintlichen Underdogs unter den EU-Staaten gegenüber den angeblich schon wieder dominanten Deutschen zutage zu treten. Die von Häme nicht freie Weigerung osteuropäischer Staaten, auch nur in bescheidenstem Ausmaß syrische Flüchtlinge aufzunehmen, dürfte auf Dauer nicht ohne Rückwirkungen auf die Bereitschaft der Deutschen bleiben, sich finanziell und ideell weiter kraftvoll für die EU zu engagieren. Darüber sollte man auch in unseren Nachbarländern noch einmal nachdenken.

Deshalb zum Schluss ein paar Sätze zu Europa, zur großen Hoffnung auf das Vereinte Europa, das für die Deutschen in ihrer Nachkriegsgeschichte nach und nach zu einem teils realen, teils virtuellen Ersatzvaterland zu werden schien. Auch ohne Brexit oder Grexit oder sonst einen Exit ist auch hier eine realpolitische Perspektive angezeigt. Den europäischen Bundesstaat, die immer enger werdende Union, von der drei Generationen, auch meine Generation, so gern geträumt hat, es wird sie noch lange nicht geben.

Wir sind uns, wie gesagt, keineswegs einig darüber, ob und wie lange die Nationen, auch im Sinne einer gewissen kulturellen ethnischen Kontinuität, als

solche erhalten bleiben oder sich im Sinne einer multikulturellen Durchmischung ihrer Populationen tiefgreifend verändern sollten. Wir sind uns uneins in der Frage, ob eine konsequente Durchsetzung des Steuerrechts EU-weit verbindlich sein muss, damit die Staatsverschuldung überall reduziert werden kann. Wichtiger noch: Wir sind offenbar fundamental uneins darin, ob überall in etwa die gleichen rechtsstaatlichen Maßstäbe ebenso gelten wie das Prinzip der Gewaltenteilung und damit der Unabhängigkeit der Verfassungsgerichte von den Regierungen, die sie kontrollieren sollen. Und nicht nur darin: Dieses Europa müsste früher oder später zumindest in der Außen- und Verteidigungspolitik eine Einheit sein - Briten und Franzosen müssten sich also den Deutschen zuliebe von ihren Atomwaffen verabschieden oder die Deutschen müssten akzeptieren, dass das Vereinte Europa als atomar gerüstete Supermacht auftritt. Und so weiter...

Auf dieses Europa zu hoffen, ist legitim und ehrenwert. Mit seiner Verwirklichung auf absehbare Zeit zu rechnen, ist leichtfertig. Wir werden uns mit einer Art von kompromisshafter Zwischenlösung anfreunden müssen, in der die Verantwortung der Nationalstaaten - oder, wie ich zur Unterscheidung von der Staatsidee des 19. Jahrhunderts lieber sage, der Staatsnationen - nicht einfach verschwinden wird. Deshalb wird es nicht zuletzt von einer klugen Außenpolitik Deutschlands als europäischer Zentralmacht abhängen, ob die EU überhaupt zusammenhält und ein weltpolitischer Faktor bleibt.

Die größte Gefahr für uns Deutsche liegt aus meiner Sicht nicht in einem Mangel an moralischen Werten, Überzeugungen und idealistischen Visionen, sondern eher im deutschen Erbübel eines gewissen Realitätsverlustes, wenn nicht gar der Realitätsverweigerung. Wir werden die Moral nicht einfach aus der Geschichte herausnehmen können und Realpolitik pur betreiben, aber wir müssen im öffentlichen Diskurs wie in der praktischen Politik realistischer denken, argumentieren und handeln. Inzwischen spricht manches dafür, dass die Deutschen künftig stärker als bisher bereit sein werden, dieser Einsicht zu folgen.

Vielen Dank.